

| | | |
|--|--|-------------------|
| Mitteilung Nr. MIT-FS 28/2025 | | |
| zur Anfrage Nr. nach § 39 GOSTVV des Einzelstadtverordneten vom Thema: | FS-28/2025 Die LINKE – Muhlis Kocaaga 17.03.2025 Rechte Straftaten in Bremerhaven - Tischvorlage | |
| Beratung in öffentlicher Sitzung: | ja | Anzahl Anlagen: 0 |

I. Die Anfrage lautet:

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Straftaten mit „Politisch motivierte Kriminalität-rechts“ wurden im Jahr 2024 in Bremerhaven erfasst, und wie haben sich diese Zahlen im Vergleich zu den Jahren 2022 und 2023 entwickelt.“)?
2. Welche Maßnahmen wurden oder werden seitens der Stadt und der Sicherheitsbehörden ergriffen, um der Zunahme rechter und rassistisch motivierter Straftaten entgegenzuwirken?

II. Der Magistrat hat am 19.03.2025 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Als Datenbasis wird die „Kriminalpolizeiliche Meldestelle in Fällen von Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) verwendet. Diese ist entgegen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2024 noch nicht veröffentlicht worden, weshalb für das Jahr 2024 lediglich eine Tendenz angegeben werden kann. Die Erstellung des Lagebildes PMK geschieht durch das LKA Bremen, in Abstimmung mit dem BKA, weshalb keine Aussicht auf die Veröffentlichung der Zahlen gegeben werden kann.

Für das Jahr 2022 wurden 25 Fälle verzeichnet, welche sich dem Bereich PMK „rechts“ zuordnen lassen. Für das Jahr 2023 kann eine Zahl von 56 Fällen im Bereich PMK „rechts“ angegeben werden. Für das Jahr 2024 kann dahingehend eine Tendenz abgegeben werden, dass die Zahlen ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird.

Zu Frage 2:

Die Bearbeitung von Staatsschutzdelikten aller Phänomenbereiche werden in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung hoch priorisiert. Dies hat zum einen Einfluss auf die interne Personalsteuerung und zum anderen sind Staatsschutzdelikte von der Steuerung in die Bearbeitungsrückstände ausgeschlossen.

Ferner arbeitet das Fachkommissariat eng mit staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, die sich mit Extremismusbekämpfung befassen, zusammen. Beispielhaft sei hier die Zusammenarbeit mit KODEX und Legato Disengagement genannt. Das Projekt Legato soll dazu beitragen, antidemokratischen Haltungen und politisch und/oder religiös begründeten Radikalisierungen von jungen Menschen im Strafvollzug und während der Bewährungshilfe frühzeitig entgegenzuwirken.

Grantz
Oberbürgermeister